

Bundesrat

Drucksache 261/10

29.04.10

Gesetzesantrag
des Landes Schleswig-Holstein

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zivilprozessordnung
und des Arbeitsgerichtsgesetzes**

Der Ministerpräsident
des Landes Schleswig-Holstein

Kiel, den 28. April 2009

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die schleswig-holsteinische Landesregierung hat beschlossen, dem Bundesrat
den

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zivilprozessordnung
und des Arbeitsgerichtsgesetzes

mit dem Antrag zuzuleiten, dass der Bundesrat diesen erneut gemäß Artikel 76
Absatz 1 GG im Bundestag einbringen möge.

Der Gesetzentwurf entspricht der vom Bundesrat in seiner 836. Sitzung am
21. September 2007 beschlossenen Fassung in Drucksache 439/07 (Beschluss).
Von einer erneuten Beifügung der Vorlage wird daher abgesehen.

Ich bitte Sie, den Gesetzentwurf gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 7. Mai 2010 zu setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Harry Carstensen